

Kontrollorgan der Regierung: Bundeshaushalt streicht beim Bundesrechn...

Redaktion

In einem Brandbrief, der dem *Spiegel* vorliegt, beschwert sich der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, über den aktuellen Haushaltsentwurf der Regierung für 2026. Durch den darin geplanten Stellenabbau würde seine Behörde Scheller zufolge bis 2027 eine „komplette Prüfungsabteilung“ verlieren. Dem Bundesrechnungshof sei es künftig nicht mehr möglich, Altersabgänge zu ersetzen.

Der Brief ist eine Reaktion auf eine Änderung im Regierungsentwurf zum Haushalt 2026. Zuvor hatte das Finanzministerium den Bundesrechnungshof vom Stellenabbau in der Bundesverwaltung befreit. Das Ministerium hatte der Behörde zuvor durchgeführte Kürzungen angerechnet. Diese Ausnahme hat man allerdings nun wieder aus dem Entwurf entfernt.

Scheller, der seit 2014 im Amt ist, empfindet dies als „umso überraschender“ und spricht von „tiefgreifenden Reformen“, die seine Behörde seit seinem Amtsantritt vollzogen habe. So sei es dem Bundesrechnungshof gelungen, die Zahl der Standorte von neun auf drei zu verringern. Insgesamt konnten zudem 250 Stellen eingespart werden.

Dennoch stimmten die Union zusammen mit der SPD für den geänderten Entwurf. Die Opposition stimmte derweil gegen den Haushaltsentwurf. Der durch den Beschluss drohende Verlust einer ganzen Prüfungsabteilung erscheint ihm „schwierig“, so Scheller. Gleichzeitig würden die höheren Ausgaben in den Bereichen der „Rüstungsvorhaben, IT-Sicherheit, sozialen Sicherungssysteme sowie Bahn und Infrastruktur“ eine weitere Herausforderung für den Bundesrechnungshof darstellen. Die Situation ist besonders absurd, weil der Bundesrechnungshof eigentlich zur Kontrolle der Haushaltsführung der Bundesregierung da ist – nun streicht diese ihm das Budget zusammen.

Der Bundeshaushalt für das kommende Jahr steht vor seiner endgültigen Verabschiedung. Geplant sind demnach Ausgaben in Höhe von rund 524,5 Milliarden Euro. Der finanzielle Rahmen ist nur durch eine umfangreiche Neuverschuldung von 180 Milliarden Euro möglich (*Apollo News* [berichtete](#)). Nun soll in der Sitzungswoche vom 25. bis zum 28. November abschließend über den Etat des Haushalts entschieden werden.

sf
